



Grüner Wasserstoff für Berlins Zukunft | Bild: pcess609, Canva

Berlin übernimmt Vorsitz der IWO

10. Dezember 2025

Die [Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe](#) hat den Vorsitz der [Initiative für Wasserstoff in Ostdeutschland e.V. \(IWO\)](#) übernommen. Damit ist der Vorsitz turnusgemäß von Thüringen auf Berlin übergegangen.

Die IWO ist eine gemeinsame Plattform der sechs ostdeutschen Bundesländer, um die Wasserstoffwirtschaft länderübergreifend voranzubringen, Infrastrukturbedarfe zu identifizieren und regionale Expertisen zu bündeln. Ziel der Initiative ist es, Wasserstoff zum zentralen Bestandteil einer nachhaltigen Energiewende in Ostdeutschland zu machen und die Nutzung bestehender Potenziale effizient zu fördern.

Rückblick: [Modellhafte Abwärmelösung am Netz](#)

Für Berlin wird grüner Wasserstoff eine entscheidende Rolle bei der Dekarbonisierung der Energie- und Wärmeversorgung einnehmen. Besonders die Fernwärmeerzeugung, die einen maßgeblichen Anteil an der Berliner Wärmeversorgung hat, soll durch den Aufbau einer leistungsfähigen Wasserstoffinfrastruktur klimaneutral gestaltet werden.

Franziska Giffey (SPD), Bürgermeisterin und Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe: „Unser Ziel ist, Berlin bis spätestens 2045 klimaneutral zu machen. Wasserstoff spielt dabei eine zentrale Rolle. Mit der Übernahme des Vorsitzes der Initiative Wasserstoff Ostdeutschland gestalten wir den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft im Osten aktiv mit. Gemeinsam mit den anderen ostdeutschen Bundesländern bringen wir die Wasserstoffwirtschaft gezielt voran und machen Berlin und ganz Ostdeutschland zu einer Schlüsselregion für diese Zukunftstechnologie, die CO₂-Emissionen reduziert und Arbeitsplätze sichert. Eine schnelle, verlässliche und bezahlbare Wärmewende lässt sich nur erreichen, indem wir eine leistungsfähige Wasserstoff-Infrastruktur aufbauen und das Berliner Wasserstoff-Startnetz zügig an das bundesweite Wasserstoff-Kernnetz angeschlossen wird. Damit das gelingt, braucht es verlässliche politische Rahmenbedingungen von Bund und EU.“ (red)